

Mehr demokratische Kontrolle für Europa

Am Donnerstag wird der neue EU-Vertrag unterzeichnet – Kanzlerin Merkel will aus wenig das Beste machen

Das Fazit ist niederschmetternd: Ein „Maximum an Unverständlichkeit“ nennt Bundeskanzlerin Angela Merkel den EU-Reformvertrag, der in der kommenden Woche in Lissabon unterzeichnet werden soll. Typisch Europa eben. Handelt es sich dabei doch um jene Organisation, die Mitglieder und Anwertern auf etwa 90.000 Seiten – im sogenannten Acquis Communautaire – verspricht, wie ihre Verwaltung organisiert sein muss, wie die Wirtschaft funktionieren soll und welchen Krümmergrad einer Banane zugestanden werden kann. Kein Wunder, wenn man auf den nach zahlreichem Entstehen, umgestülpten und umbenannten Verfassungsvertrag nicht allzu viel Hoffnung setzt.

Doch Merkel, die auf Einladung von Roman Herzogs „Konvent für Deutschland“ am Mittwoch in Berlin über die Zukunft Europas spricht, gibt sich pragmatisch. Nach der „Schlacht über die Abstimmungsmodalitäten“ mit Polen und einer „skurrilen Diskussion um die Frage, wer Italiener ist“ müsse man jetzt eben das Beste aus dem Kompromiss machen. (Bei Letzterem ging es um die Stimmenverteilung im verkleinerten EU-Parlament. Merkel erzählt, sie habe schließlich ihre zu einem Viertel polnische Abstammung ins Gespräch gebracht, um die Debatte abzuwürgen.)

Inmerhin habe man aus dem ursprünglichen Verfassungsvertrag, dessen Scheitern die Kanzlerin noch immer bedauert, zum Beispiel die Grundrechtecharta „herausgerettet“. „Ich hätte mir zwar eine stärkere Rückbenennung auf die Wurzeln Europas gewünscht“, meint Merkel, „aber andere EU-Länder haben das verhindert“.

Davon abgesehen steht der Vertrag von Lissabon laut Merkel vor allem für eine Stärkung der Demokratie in Europa. Vorgegeben sind dann zum einen europäische Bürgerbegehren. „Ich bin gespannt, wann das erste Mal die dazu nötigen eine Million Unterschriften zusammenkommen“, sagt die Bundeskanzlerin. Grundsätzlich stehe sie dieser Form der direkten Demokratie zwar eher zurückhaltend gegenüber, doch zumindest könnte das

Konvent für Deutschland



Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Keine Einbahnstraße in Richtung EU“

Foto: Hermann Heibel

Bürgerbegehren für eine „gemeinsame europäische Öffentlichkeit“ sorgen. Will heißen: Dann würden sämtliche Medien in der EU ausnahmsweise einmal über ein Thema berichten, statt – wie momentan üblich – über verschiedene nationale Angelegenheiten.

„Person des Ausgleichs“ soll erster ständiger Ratspräsident werden

Zum anderen steckt der Reformvertrag die Rechte des EU-Parlamentes und der nationalen Parlamente. Letztere können künftig die EU-Kommission „zurückspülen“, wenn sie das Subsidiaritätsprinzip verletzt sehen. Alt-Bundespräsident Roman Herzog übersetzt das seiner Ansicht nach „schreckliche“ Wort Subsidiarität mit: „Entscheidungen so nahe am Menschen treffen wie möglich.“ Ein Prinzip, das die Eurokraten in den vergangenen Jahren oft und gerne verletzt hat – auch, weil es die notwendigen Kontrollmechanismen schlicht und einfach nicht gab. Viele Politiker nutzten das aus und „spielten über die Brus-

seier Bande“, wie es der Verfassungsrechtler und Ex-Wehrminister Rupert Scholz nennt, weil sie über den Umweg Brüssel Gesetze durchsetzen konnten, für die sie zu Hause keine Mehrheit gefunden hätten. Später konnten sie dann behaupten, dafür sei man nicht verantwortlich, das käme schließlich aus Brüssel.

„Man wird sich nun früher und näher mit EU-Beschlüssen befassen“, kündigt die Bundeskanzlerin im Hinblick auf den Reformvertrag an. Dass eine Richtlinie nach jahrelangem Vorlauf „wie Phoenix aus der Asche“ steige und dann plötzlich in Deutschland umgesetzt werden müsse, wie etwa im Fall der Umweltschutzrichtlinie Flora-Fauna-Habitat „so was können wir uns nicht mehr leisten“, meint Merkel. Ganz klar geregelt seien die Zuständigkeiten freilich immer noch nicht. Bei der aktuell diskutierten Bodenschutzrichtlinie müsse die Bundesregierung deshalb abwägen: Beteiligen wir uns, um das Schlimmste zu verhindern? Oder „Schießen wir gleich einen Riegel vor, weil wir keine Zuständigkeit der EU seien?“

Die Zuordnung von Kompetenzen darf in der EU nach Ansicht von

Merkel jedenfalls in Zukunft keine Einbahnstraße mehr sein. Natürlich müssten Richtlinien auch wieder abgeschafft oder vereinfacht werden, und die Zuständigkeit auf die Nationalstaaten übertragen werden. Zu überlegen wäre dies etwa in der Agrarpolitik. „Dann würde zum Beispiel der Anbau von Oliven in einem bestimmten Land nicht mehr deshalb gefördert, weil noch Geld in EU-Töpfen vorhanden ist. Stattdessen müsste sich das betreffende Land fragen, ob sich der Anbau überhaupt noch lohnt“, bekräftigt Merkel.

Anderen werden sich durch den Vertrag von Lissabon aber nicht nur Verfahrensweisen, sondern auch die europäischen Institutionen. Was die Verkleinerung von Parlament und Kommission bedeutet, hat zum Glück noch keiner so richtig durchdacht“, bemerkt Merkel seltens. Für Deutschland hat sie sich jedenfalls schon eine Strategie überlegt. „Wir müssen uns mit möglichst vielen Ländern anfreunden, damit wir deren Kommissare mitbenutzen dürfen.“ Neben dem „Hohen Beauftragten für Außenpolitik“ wird außerdem die Position eines Kategoris-

zenten geschaffen, der zweieinhalb Jahre im Amt bleiben soll. „Was macht dieser Präsident, wenn er nicht gerade einen Rat vorberätet?“, fragt Merkel – unangegessen schwingt hier wohl die Befürchtung mit, dass er sich in die Arbeit der Staats- und Regierungschefs einmischen könnte. Die Ausgestaltung des Amtes hängt stark von dem ersten Präsidenten ab, vermutet die Kanzlerin. „Ich bin deshalb für eine Person des Ausgleichs.“ Dies deutet darauf hin, dass Merkel den Favoriten für das Amt, den luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker, unterstützen wird. Sie hofft, dass die Ratifikation des Vertrags bis zum 1. Januar 2009 abgeschlossen sein wird, so dass dann die Posten besetzt werden können.

„Spannungskräfte zwischen Deutschland und Frankreich“

„Danach richten wir unseren Blick auf andere dringliche Probleme“, betont die Kanzlerin. So stelle sich die Frage, wie die Europäische Union auf die Globalisierung reagieren soll, wie es mit dem Kosovo weitergeht, und auch das Verhältnis zwischen der EU-Sicherheitspolitik und der Nato müsse geklärt werden. Zum Schluss schließt sie noch eine deutliche Warnung an den französischen Staatschef Nicolas Sarkozy hinterher, der seit einiger Zeit eifrig an einer eigenen „Mittelmeer-Union“ bastelt. „Ich sehe spaltende Tendenzen vor mir“, begründet Merkel ihre grundsätzlichen Bedenken. Denn schließlich könnten im Gegensatz der Ost- und Mitteleuropäer beschließen, ebenfalls ihr eigenes Soggebiet zu kreieren. „Dadurch würden sich Spannungskräfte zwischen Deutschland und Frankreich entwickeln, durch die die EU in ihrem Kernbereich zerfällt.“ Eine Fehlentwicklung mit katastrophalen Folgen, die sich die EU eigentlich nicht leisten kann, meint die Kanzlerin. „Angesichts einer Welt mit bald sieben bis neun Milliarden Menschen gibt es alle Gründe, dass die 500 Millionen Europäer ihre Interessen gemeinsam vertreten.“

Susanne Herzig